

Betrachtungen zum Jahreswechsel

Ein Prosit auf die Freiheit

Von Rainer Haendle

Auf was stoßen wir um Mitternacht an? Gesundheit, Freundschaft oder Karriere? Wir sollten die Freiheit nicht vergessen! Mit dem Jahr 2022 hat sich in der Ukraine, in Iran und in China gezeigt, dass der weltweite Vormarsch der Autokraten und Oligarchen zunehmend auf Widerstand stößt. Durch Menschen, die sich in den Widerstand begeben. Mit der Waffe oder nur einem weißen Blatt Papier in der Hand. Mut gehört in jedem Fall dazu – auf den Straßen von Teheran ebenso wie im russischen Bombenhagel von Mariupol. Oder bei den Kundgebungen in Peking und Shanghai gegen den chinesischen Machthaber Xi Jinping. Stoßen wir auf diese mutigen Menschen an, die sich für eine Freiheit einsetzen, die uns Deutschen oft viel zu selbstverständlich wirkt. Ein Prosit darauf, dass das Jahr 2023 an seinen Vorgänger anknüpft. Dass Kriegstreiber Wladimir Putin in die Schranken verwiesen wird und endlich Frieden im Donbass einkehrt. Dass die Demokratiebewegungen in China und dem Iran weiteren Zulauf erhalten.

Die deutsche Geschichte des vergangenen Jahrhunderts hat uns zahlreiche Lektionen erteilt. Wie ein diktatorisches System von der Weltgemeinschaft mit einem irrsinnigen Blutzoll gestoppt wird. Aber auch, wie in Ostdeutschland ein repressives Regime durch die eigene Bevölkerung friedlich auf Altenteil geschickt wird. Und wir haben gelernt, wie Versöhnung funktioniert. Damit aus erbitterten Gegnern Freunde werden, unterzeichneten vor 60 Jahren Bundeskanzler Konrad Adenauer und der französische Staatspräsident Charles de Gaulle im Januar 1963 den Elysee-Vertrag. Das Abkommen war die Grundlage für das Ende der Erbfeindschaft.

Dass wir heute wie selbstverständlich über den Rhein ins Elsass fahren und die Grenze gar nicht mehr wahrnehmen, hätte direkt nach den drei Kriegen zwischen 1870 und 1945 kein Mensch geglaubt. Stoßen wir also darauf an, dass das deutsch-französische Beispiel Schule macht für die Ukraine und Russland.

Wetterbilanz 2022

Alarmierender Trend

Von Claus Schöner

Grillen. Das ist eine häufige Antwort auf die Frage nach den Plänen für die Silvesternacht. Warum auch nicht bei milden Temperaturen? Sie sind der Höhepunkt eines Wetterjahres, das es in sich hatte, und das – leider – ganz im Trend lag. Wieder ein Rekordjahr: Doch sind Hitzewellen und lange ausbleibender Regen ein Beleg dafür, dass der Klimawandel weit fortgeschritten ist? Die auffälligen Wetterphänomene häufen sich, und das ist das Alarmierende. Die Meteorologen des Wetterdienstes sind sich sicher: Sommer wie den vergangenen werden wir in Zeiten des Klimawandels häufiger erleben. Manche Experten meinen, dass es nicht mehr zu verhindern ist, dass das Wetter immer öfter verrücktspielt. Ist teurer Klimaschutz also umsonst? Nein, es gilt, die Anstrengungen zu verstärken, um so die Folgen des Wandels zu begrenzen, selbst wenn es schwer ist. Zugleich muss die Anpassung an den Klimawandel forciert werden, muss Vorsorge betrieben werden. Das betrifft fast alle Bereiche.

Pressestimmen



Corona-Chaos in China

El Mundo (Madrid): „Die von Xi Jinping angeordnete Null-Covid-Politik hat sich als Katastrophe und weltweit ernsthafte Bedrohung entpuppt. Das Entstehungsland des Coronavirus kann nun erneut zum Epizentrum neuer Varianten werden, die die Gesundheit von Millionen Menschen gefährden.“

De Standaard (Brüssel): „Das Chaos könnte zu Turbulenzen auf den Finanzmärkten führen, vor allem, wenn nicht

klar ist, wie die Dinge im Land wirklich laufen.“

Neue Zürcher Zeitung: „Die Sorge geht um, dass eine neue Variante entsteht und sie durch Reisende eingeschleppt wird – und auch hier für eine dramatische Infektionswelle sorgt. (...) Die Entwicklungen der Pandemiejahre haben gezeigt, dass unser immunologischer Schutzwall gegen eine schwere Erkrankung bisher gegen jede neue Variante oder Subvariante gehalten hat.“

Putins Strategie der Zermürbung

Gastbeitrag: Historiker über Russlands Krieg gegen die Ukraine

Von Martin Schulze Wessel

In wenigen Wochen jährt sich die russische Invasion in die Ukraine. Seit dem 24. Februar führt Russland Krieg gegen sein Nachbarland, und ein Ende ist nicht abzusehen. Auf den ersten Blick erscheint es nachvollziehbar, dass Intellektuelle wie Alice Schwarzer und Politiker wie SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich fordern, die Ukraine zu einem Friedensschluss zu drängen. Doch übersehen diese Empfehlungen, dass Wladimir Putin seine Kriegsziele an keinem Punkt verändert hat. Vielmehr belegt die Art und Weise, wie Russland den Krieg führt, dass Putin an den Absichten festhält, die er schon im Juli 2021 in einem Geschichtsskizzen „Über die historische Einheit der Russen und Ukrainer“ zu erkennen gegeben hat. Putin gesteht der Ukraine keine Unabhängigkeit als Nationalstaat zu, er verneint ihre nationale Existenz. Wenn er die ukrainische Regierung und alle national bewussten Ukrainer als „fascistisch“ bezeichnet und neuerdings ihnen „Satanismus“ zuschreibt, lässt dies eine Vernichtungsabsicht erkennen, die an die schlimmsten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts erinnert.

Russlands Krieg richtet sich gegen die Zivilbevölkerung und gegen zivile Infrastrukturen wie Krankenhäuser, Kindergärten und neuerdings die Energieversorgung, die gezielt angegriffen werden. Russland hat „Filtrationslager“ errichtet, durch die ukrainische Bürger nach Russland geschleust werden. Darunter sind auch viele Kinder und Jugendliche, auch Waisenkinder, die an russische Eltern vergeben werden. Die Maßnahme, Ukrainerinnen und Ukrainer über Russland verstreut anzusiedeln, zielt offenbar auf deren Assimilierung durch die russische Nation. Gleichzeitig wurden zuerst und vor allem die nicht-russischen Ethnien der Russischen Föderation aus dem fernen Osten in



Professor Martin Schulze Wessel. Foto: Historisches Kolleg München

den verlustreichen Krieg geschickt. Denkt man diese beiden Maßnahmen zusammen, so zeichnet sich ab, dass Russland in diesem Krieg auch ethnische Bevölkerungspolitik betreibt.

Vor dem Krieg war es für einen Teil des deutschen Meinungsspektrums charakteristisch, eine gleiche Distanz zu Russen und Ukrainern einzunehmen. So äußerte Mützenich wenige Wochen vor dem Angriff, dass die Kriegsgefahr nicht von der russischen Armee, sondern von russischen wie auch ukrainischen paramilitärischen Gruppierungen ausgehe. Dafür gab es keine Belege, es handelte sich um eine empiriefreie Beurteilung eines Konflikts allein auf der Grundlage einer allgemeinen Weisheit, dass meistens beide Seiten Schuld tragen. Das ist auf dem Schulhof genauso falsch wie in der internationalen Politik. Heute gibt es in der deutschen Öffentlichkeit eine Tendenz, sich erneut auf tatsächlichen Sätzen zurückzuziehen, die vermeintlich der Beendigung des Kriegs dienen. Ja, Frieden wird immer am Verhandlungstisch geschlossen.

Den Satz ist richtig, lenkt aber davon ab, dass wir es beim russisch-ukrainischen Krieg nicht mit einem symmetrischen Krieg zu tun haben, in dem beide Seiten vergleichbare Ziele verfolgen. Ein russischer Sieg würde nicht nur einen Regimewechsel in Kiew, sondern das Ende der Ukraine als Nation bedeuten. Ein ukrainischer Sieg bedeutete nicht, dass auf dem Kiew eine blau-gelbe Fahne wehen würde, sondern den Rückzug Russlands aus den widerrechtlich besetzten Gebieten.

Eine andere weit verbreitete Weisheit ist, dass im Krieg immer die Wahrheit zuerst stirbt. Auch das ist grundsätzlich richtig, aber auch da haben wir es mit einer extremen Asymmetrie zu tun. Der Kiew hat die Ukraine bereits vor dem Krieg mit einer Welle von Fake News überzogen, und in den russischen Staatsmedien wird die Ukraine Tag für Tag auf abenteuerliche Weise dämonisiert. Selbstverständlich gibt die Ukraine ihrerseits dem Krieg eine eigene Wertung. Doch muss die Ukraine nur die Bilder sprechen lassen, etwa der russischen Massaker von Butscha. Von den meisten Verbrechern der russischen Besatzer haben wir nicht einmal filmische Berichte.

Der Krieg wird einseitig von Russland eskaliert. Mit der völkerrechtswidrigen Annexion der ukrainischen Regionen Luhansk, Donezk, Saporischschja und Cherson machte Putin absichtsvoll eine Verhandlungslösung, die nicht auf eine Kapitulation Kiews hinausläuft, so gut wie unmöglich. Putin setzt alles auf die Karte des russischen Siegs. Angesichts der Entwicklung auf dem Schlachtfeld tut sich allerdings eine Kluft zwischen der verkündeten Siegeszuversicht und den tatsächlichen Optionen der russischen Kriegsführung auf. Putin setzt auf Zeit. Mit seinem Abnutzungskrieg gegen die ukrainische Armee und die ukrainische Zivilbevölkerung hofft Putin, den Krieg doch noch zu gewinnen. Die Strategie der Zermürbung richtet sich auch gegen uns im Westen. Deren Kalkül ist es, dass die europäische und atlantische Unterstützung für die Ukraine früher oder später nachlassen wird. Putin verachtet den Westen, seine Zivilgesellschaft, seine Diversität und insbesondere seine postheroischen Einstellungen. Er greift auch den Westen an. Die Prinzipien von Freiheit, Demokratie und nationaler Selbstbestimmung werden heute in der Ukraine verteidigt. Der Satz klingt pathetisch, aber er enthält eine Wahrheit, an der wir nicht vorbeischaun können.

Zur Person

Professor **Martin Schulze Wessel** (60) lehrt Osteuropäische Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München. Im März erscheint im Verlag C.H. Beck sein neues Buch: „Der Fluch des Imperiums. Die Ukraine, Polen und der Irweg in der russischen Geschichte“.

„Ein schwereres Jahr geht zu Ende“

Scholz wirbt um Zuversicht / Ukrainekrieg und die Folgen dominieren Neujahrsansprache

Berlin (AFP) – Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat die Bürgerinnen und Bürger in seiner Neujahrsansprache zu Zusammenhalt und zu Vertrauen in die eigene Stärke aufgerufen. „Heute Nacht geht ein schweres Jahr zu Ende“, sagte Scholz laut vorab verbreitetem Redetext. Russland führe einen „imperialistischen Angriffskrieg, mitten in Europa“. Die Geschichte des Jahres 2022 handle aber „nicht allein von Krieg, Leid und Sorge“, sagte der Kanzler weiter. „Sie handelt von Zusammenhalt und Stärke – und ja, auch von Zuversicht.“ Die Ansprache soll am Samstagabend im Fernsehen ausgestrahlt werden.

Scholz verwies im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg auf russische Misserfolge und Fehlkalkulationen. Drei Punkte hob er hervor.

Russlands Präsident Wladimir Putin habe „die Ukraine eben nicht in wenigen Tagen überrannt, wie er geplant hatte, ganz im Gegenteil“, er habe die Verteidigungsbereitschaft der Ukraine unterschätzt, sagte Scholz. Zweitens seien EU und NATO nicht gespalten, sondern „so geeint wie lange nicht“. Und drittens „sind wir in Deutschland nicht eingeknickt, als uns Russland im

Sommer den Gashahn zugekehrt hat – weil wir uns nicht erpressen lassen“.

Scholz äußerte Verständnis für die Sorgen von Bürgerinnen und Bürgern. „Diese Zeitenwende stellt auch uns und unser Land auf eine harte Probe“, sagte er. „Wir fühlen mit den Ukrainerinnen und Ukrainern, die selbst an Tagen wie heute keine Ruhe haben vor den russischen Bomben und Raketen.“ Und auch in Deutschland seien die Folgen des Kriegs im Alltag zu spüren – „beim Einkaufen im Supermarkt, an der Tankstelle oder wenn wir die Strom- oder Gasrechnung bezahlen“.

Deutschland sei aber ein Land mit „überwältigendem Mitgefühl und der Hilfsbereitschaft“, in dem Menschen sich für andere einsetzen. Auch auf die Entlastungspakete seiner Regierung wies Scholz hin – und resümierte: „Das ist Deutschland zu Beginn dieses neuen Jahres: Ein starkes Land. Ein Land, das mit Tatkraft und Tempo an einer guten, sicheren Zukunft arbeitet. Ein Land, das sich unterhakt, gerade in schweren Zeiten.“

Der Kanzler betonte, dass bereits am Sonntag zu Beginn des Jahres 2023 neue Erleichterungen für die Bürgerinnen



Ruft zu Zusammenhalt und zu Vertrauen in die eigene Stärke auf: Bundeskanzler Olaf Scholz. Foto: Michael Kappeler/AFP

und Bürger in Kraft träten – das ausgeweitete Wohngeld, das erhöhte Kindergeld, Steuerentlastungen im Volumen von 19 Milliarden Euro und Preisdeckel für die Kosten für

Strom, Gas und Fernwärme. „Unser Zusammenhalt ist unser größtes Pfund“, sagte Scholz. Sein Wunsch sei: „Halten wir auch im kommenden Jahr zusammen.“

Impressum

Verlag
Badisches Tagblatt GmbH
Flugstraße 11
76532 Baden-Baden
Telefon 07221 215-0
info@badisches-tagblatt.de
www.badisches-tagblatt.de

Verleger/Geschäftsführer
Klaus Michael Baur

Verantwortlich für den Inhalt im Sinne des Landespressgesetzes
Florian Kreckel

Ressorts
Nachrichten: Florian Kreckel
Kultur: Christiane Lenhardt
Sport: Frank Ketterer
Journale/Sonderthemen: Florian Kreckel

Lokalredaktionen
Baden-Baden/Bühl: Harald Holzmann
Murgtal: Thomas Senger
Rastatt: Egbert Mauderer

Verantwortlich für Anzeigen und Werbung im Sinne des Landespressgesetzes

Anzeigenleiter
Stefan Hörig

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 68 vom 1. Januar 2022.

Aboservice

Telefon 07221 215-1299
Telefax 07221 215-14 16
aboservice@badisches-tagblatt.de

Bezugspreise:
Abonnement: 45,20 € / Postbezug: 51,50 €

Vertrieb
TOP Presse-Service GmbH

Druck
Badisches Druckhaus Baden-Baden GmbH
Flugstraße 9, 76532 Baden-Baden

In Kürze

Großbritannien unterstützt die Ukraine bei der Räumung von Minen und nicht explodierten Geschossen. Es seien mehr als 1.000 Metalldetektoren und 100 Ausrüstungspakete zur Bombenschnärfung geliefert worden, teilte das Verteidigungsministerium mit. „Russlands Einsatz von Landminen sowie Angriffe auf zivile Infrastruktur unterstreichen die (...) Grausamkeit der Invasion Putins“, sagte Ressortchef Ben Wallace. „Dieses neue Unterstützungspaket wird der Ukraine helfen, Land und Gebäude sicher zu räumen, während sie ihr rechtmäßiges Territorium zurückerobert.“ London ist einer der größten Lieferanten der Ukraine für Waffen, aber auch anderer Unterstützung. (dpa)

Wirtschaft spendet Transformatoren und Lebensmittel

Die Minister Habeck und Özdemir loben großen Umfang der Hilfslieferungen an die Ukraine

Berlin (dpa) – Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck und Landwirtschaftsminister Cem Özdemir haben Unternehmen für Sachspenden an die Ukraine gedankt. Diese Hilfe werde auch im kommenden Jahr benötigt, betonten die beiden Grünen-Politiker.

„Wir haben angesichts der brutalen Angriffe auf die zivile Infrastruktur Unternehmen gebeten, technische Güter, wie beispielsweise Transformatoren für die Ukraine zu spenden“, sagte Habeck. „Und das haben die im großen Umfang getan.“

Über das Hilfsprojekt „German Food Bridge“ wurden zudem von März bis Jahresende 497 Hilfslieferungen mit Le-

bensmitteln in die Ukraine organisiert und vermittelt. Das Gesamtvolumen der zugesagten Spenden beläuft sich bisher auf insgesamt 13.815 Paletten. Özdemir, dessen Ministerium die Lebensmittelhilfe koordiniert, dankte den Firmen und Organisationen, die gespendet haben sowie den Freiwilligen, „die teilweise unter Einsatz ihres Lebens Hilfslieferungen in die Kriegsgebiete bringen“.

Etwas 2.300 technische Güter wurden laut Habeck mithilfe der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in die Ukraine geliefert, darunter knapp 30 Transformatoren. „In den letzten Wochen haben deutsche Un-

ternehmen noch mal mehr als 60 Transformatoren zur Spende angeboten, darunter auch mehrere große.“

Weitere würden produziert, die die Bundesregierung den Firmen dann abkaufe, um sie an die Ukraine zu liefern. „Das ist vorbildlich, wie deutsche Energieversorgungsunternehmen und Produzenten hier mitziehen“, sagte Habeck.

Transformatoren haben eine wichtige Funktion im Stromnetz. Sie passen bei Wechselstrom die Spannung zwischen verschiedenen Bereichen im Netz an. So wird Strom über größere Distanzen mit einer höheren Spannung transportiert, dann aber auf eine niedri-

gere Spannung heruntergeregelt, bevor er beim Verbraucher aus der Steckdose fließt.

Neben den Spenden gibt es auch einen Hilfsfonds der Europäischen Energiegemeinschaft zur Unterstützung der Ukraine mit technischen Gütern. Die Europäische Energiegemeinschaft ist eine internationale Organisation, in deren Rahmen die Europäische Union und eine Reihe ost- und südeuropäischer Staaten in Energiefragen zusammenarbeiten. Die Bundesregierung unterstütze den Energie-Hilfsfonds für die Ukraine mit 130 Millionen Euro, sagte Habeck.

„Das läuft so, dass die ukrainischen Versorgungsunterneh-

men sich melden und sagen ‚Wir haben da ein Problem‘“, sagte Habeck. Die Energiegemeinschaft und das ukrainische Energieministerium prüften die Berechtigung und schrieben die benötigten Güter aus, erklärte das Wirtschaftsministerium. Das Geld gehe dann an jene Lieferanten, die den Zuschlag für Transformatoren oder die Lieferung anderer Güter an die Ukraine erhielten.

„Das ist ein nicht zu verachtender materieller Beitrag für die Ukraine im Krieg, den Russland gegen die Infrastruktur des Landes führt“, sagte Habeck mit Blick sowohl auf gespendete als auch über den Hilfsfonds finanzierte Güter.

NATO-Generalsekretär fordert mehr Waffenlieferungen

Erhöht eine stärkere militärische Unterstützung der Ukraine die Gefahr eines Weltkriegs? Jens Stoltenberg hat eine klare Meinung

Brüssel – Für die NATO ist der Umgang mit Russlands Krieg gegen die Ukraine Tag für Tag ein Ritt auf der Rasierklinge. Auf der einen Seite will das mächtigste Militärbündnis der Welt aktiv dazu beitragen, dass Kreml-Chef Wladimir Putin mit seiner Invasion scheitert. Auf der anderen Seite gilt es, aus Sorge vor einem neuen Weltkrieg eine direkte militärische Konfrontation mit Russland zu verhindern. Kann beides gelingen?

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg (63) erklärt, warum militärische Unterstützung für die Ukraine aus seiner Sicht der schnellste Weg zum Frieden ist. Und er erinnert sich, wie er den Tag erlebte, der in Europa so viel veränderte.

Herr Stoltenberg, am frühen Morgen des 24. Februar hat Russland den Krieg gegen die Ukraine begonnen. Erzählen Sie, wie Sie diesen Morgen erlebt haben? Wurden Sie geweckt oder waren Sie wach, als es losging?

Stoltenberg: Es war eine sehr kurze Nacht. Als ich ins Bett ging, wusste ich, dass sie einmarschieren würden, also dachte ich, es wäre gut, ein paar Stunden Schlaf zu haben. Aber es waren nicht viele Stunden, bis der Anruf meines Büroleiters kam, dass die Invasion begonnen hat.

Wie ging es dann an diesem Morgen weiter?

Stoltenberg: Ich habe diesen unverantwortlichen Angriffskrieg sofort verurteilt und den Nordatlantikat einberufen. Dort haben wir die Verteidigungspläne der NATO aktiviert und begonnen, zusätzliche Kräfte in den östlichen Teil des Bündnisses zu entsenden, um eine Eskalation des Krieges zu verhindern. Alle hier im Hauptquartier wussten genau, was zu tun war – weil wir gut vorbereitet waren, weil es sich um eine lange vorhergesagte Invasion handelte. US-Präsident Joe Biden, ich und viele andere hatten viele Monate davor gewarnt.

Sie wussten, was passieren würde. Warum konnte Russland nicht von der Invasion abgehalten werden?

Stoltenberg: Wir haben versucht, Russland von der Umsetzung der Pläne abzubringen. Noch im Januar haben wir im NATO-Russland-Rat einen diplomatischen Versuch unternommen, Russland davon zu überzeugen, die Pläne zu ändern. Das Treffen war eine Fol-



Warnt davor, Russland zu unterschätzen: NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg.

Foto: Thierry Monasse/dpa

ge des Schreibens von Präsident Putin an die NATO mit konkreten Forderungen. Wir haben mit unseren Vorschlägen reagiert und versucht, den politischen Prozess weiterzuführen.

Ich erinnere mich daran, dass die Russen uns damals gesagt haben, sie hätten keine Pläne, in die Ukraine einzufallen. Wir wussten, dass das Gegenteil der Fall ist. Aber natürlich können Pläne bis zu ihrer Umsetzung geändert werden – bis die Panzer rollen, die Truppen marschieren und die Bomben fallen. Wir haben bis zuletzt an die Diplomatie geglaubt, aber Präsident Putin hatte kein Interesse an einer friedlichen Lösung.

Haben Sie am 24. Februar erwartet, dass sich die Ukrainer so lange verteidigen können?

Stoltenberg: Natürlich waren wir unsicher. Aber wir wussten, dass die Ukrainer viel handlungsfähiger sind als 2014 – als der Krieg begann. Seitdem haben die NATO und ihre Mitgliedstaaten, insbesondere die USA, Kanada und Großbritannien, die Ukraine mit Ausbildungsprogrammen und Ausrüstung maßgeblich militärisch unterstützt. Das hat dazu beigetragen, dass die ukrainischen

Streitkräfte im Februar 2022 viel größer, viel besser ausgestattet, viel besser ausgebildet und viel besser geführt waren als 2014. Und das erklärt auch, warum sie sich viel besser verteidigen konnten als acht Jahre zuvor.

Die Ukraine hat in den letzten Monaten zunehmend militärische Ziele in Russland angegriffen. Unterstützen Sie diese Strategie als NATO-Generalsekretär? Oder würden Sie der Ukraine vor weiteren Angriffen dieser Art eher abraten, weil niemand weiß, wie die Reaktion aussehen würde?

Stoltenberg: Wir unterstützen die Ukraine beim Recht auf Selbstverteidigung. Das ist ein Recht, das in der Charta der Vereinten Nationen verankert ist. Jedes Land hat das Recht, sich zu verteidigen. Auch die Ukraine. Wir müssen auch den Kontext sehen – nämlich massive russische Angriffe auf zivile Infrastruktur, die darauf abzielen, ukrainischen Zivilisten im Winter Wasser, Heizung und Strom zu nehmen. Präsident Putin versucht, aus dem Winter eine Waffe gegen Zivilisten zu machen. Das ist kein Angriff auf militärische Ziele mit zivilen Opfern. Das ist ein massiver

Angriff auf Zivilisten, weil Millionen Ukrainer dieser grundlegenden Leistungen beraubt werden.

Wenn sich herausstellt, dass Angriffe auf militärische Ziele in Russland der einzige Weg sind, um Russland zum Aufgeben zu zwingen – würden Sie sich dafür einsetzen, dass die NATO-Staaten der Ukraine Fähigkeiten zur Verfügung stellen, damit sie militärische Ziele in Russland wirksam bekämpfen können?

Stoltenberg: Es mag paradox klingen, aber militärische Unterstützung für die Ukraine ist der schnellste Weg zum Frieden. Wir wissen, dass die meisten Kriege am Verhandlungstisch enden – wahrscheinlich auch dieser Krieg –, aber wir wissen, dass das, was die Ukraine in diesen Verhandlungen erreichen kann, untrennbar von der militärischen Situation abhängt. Wenn Sie also eine friedliche Verhandlungslösung wollen, die gewährleistet, dass die Ukraine als unabhängiger demokratischer Staat überlebt, dann ist es der beste Weg, sie militärisch zu unterstützen – denn so kann Präsident Putin davon überzeugt werden, dass er sein Ziel, die Kontrolle über die Ukraine zu übernehmen, nicht erreichen wird.

NATO-Verbündete haben der Ukraine übrigens bereits Waffensysteme mit großer Reichweite geliefert – so zum Beispiel Himars-Raketenwerfer und Artillerie mit großer Reichweite. Auch Drohnen und gepanzerte Fahrzeuge werden zur Verfügung gestellt.

Wäre es denn auch in Ordnung, der Ukraine Mittelstreckenraketen zur Verfügung zu stellen?

Stoltenberg: Zu den spezifischen Systemen gibt es einen ständigen Dialog zwischen Verbündeten und mit der Ukraine.

Ist es eine rein nationale deutsche Entscheidung, Kampfpanzer oder Patriot-Systeme in die Ukraine zu schicken?

Stoltenberg: Wir haben zu diesen ganzen Fragen gute Konsultationen in der NATO und im US-geführten Ramstein-Format. Natürlich fordere ich die Verbündeten auf, mehr zu tun. Es liegt in unserer aller Sicherheitsinteresse, dafür zu sorgen, dass sich die Ukraine durchsetzt und Putin nicht gewinnt. Aber es geht nicht nur darum, mehr Waffensysteme hinzuzufügen. Noch wichtiger ist vielleicht, dass es für alle bereits vorhandenen Systeme

ausreichend Munition gibt. Der Bedarf an Munition und Ersatzteilen ist enorm.

Sie haben vor einigen Wochen gesagt, Russland versuche, den Krieg einzufrieren, um im Frühjahr eine weitere Offensive vorzubereiten. Was deutet darauf hin?

Stoltenberg: Es gibt keinen Hinweis darauf, dass Präsident Putin sein übergeordnetes Ziel dieses Krieges geändert hat. Dieses lautet, die Ukraine zu kontrollieren. Sie haben viele neue Truppen mobilisiert. Viele von ihnen trainieren inzwischen. Sie haben die Bereitschaft gezeigt, schmerzvolle Verluste zu erdulden, und sie wenden sich an andere autoritäre Regime wie den Iran, um mehr Munition und mehr Waffen zu bekommen. Das ist nicht vorbei. Kriege sind unberechenbar, aber wir müssen uns auf einen langen Weg und auch auf neue russische Offensiven vorbereiten. Wir sollten Russland nicht unterschätzen.

Kanzler Olaf Scholz sagte jüngst, dass eine wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Russland wieder möglich sein könnte, wenn der Krieg in der Ukraine beendet. Sehen Sie das auch so?

Stoltenberg: Nichts wird so sein wie zuvor. Ein Ende des Krieges kann nicht bedeuten, völlig zur Normalität zurückzukehren. Welche Art von Beziehungen mit Russland es in der Zukunft geben wird, wird vom Verhalten Russlands abhängen. Und ich glaube, es ist schwer vorstellbar, dass wir am Ende noch einmal so stark von strategisch wichtigen Gütern wie Energie abhängig sein werden. Denn die Abhängigkeit von Russland hat Angriffspunkte geschaffen, die Russland jetzt versucht zu nutzen, um uns von der Unterstützung der Ukraine abzuhalten. Die Abhängigkeit von Gas hat uns verwundbar gemacht.

Zur Person

Der Norweger **Jens Stoltenberg** (63) ist seit Oktober 2014 Generalsekretär der NATO. Zuvor war er insgesamt fast zehn Jahre Ministerpräsident seines Heimatlandes. In dieser Funktion erlebte er auch die Anschläge eines rechtsextremen Massenmörders in Oslo und auf Utøya im Sommer 2011. Stoltenberg ist Vater zweier erwachsener Kinder.

Das Gespräch führte Ansgar Haase.